



Dialog Wirtschaft und Umwelt NRW

Grundsätze / Ziele

Die nordrhein-westfälische Landesregierung, vertreten durch das Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz sowie das Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Energie, und die nordrhein-westfälische Wirtschaft, vertreten durch

- den Bundesverband der Deutschen Industrie
- die Industrie- und Handelskammern
- die Handwerkskammern sowie
- Vertreter der Wirtschaft

wollen verstärkt einen intensiven Dialog über wichtige Themenfelder im Bereich Wirtschaft und Umwelt führen. Sie erklären deshalb gemeinsam folgendes:

Der Dialog „Wirtschaft und Umwelt NRW“ baut eine neue Kommunikations- und Handlungsplattform für Landesregierung und Wirtschaft mit dem Ziel auf, im Konsens Nachhaltigkeit und wirtschaftliche Entwicklung zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes NRW in Einklang zu bringen.

Er ist Ausdruck der gemeinsamen Verantwortung von Staat und Wirtschaft für umweltverträgliches Wachstum in Nordrhein-Westfalen. Seine Grundlagen sind ein subsidiäres und freiheitliches Verständnis von Gesellschaft, Wirtschaft und Staat, das der Freiwilligkeit, Eigenverantwortung und Zusammenarbeit Vorrang und Vorfahrt gibt.

Der Dialog strebt Vertrauensbildung zwischen den Partnern an. Er gründet in der Überzeugung, dass die natürlichen Lebensgrundlagen mit Hilfe einer zuverlässigen Kooperation von Staat und Wirtschaft besser geschützt werden können als nur durch staatliches Regulieren. Dabei kommt der vorausschauenden Vermeidung von künftigen Belastungen der Umwelt und der Wirtschaft große Bedeutung zu.

Die Partner des Dialogs wollen die Voraussetzungen und Bedingungen für konstruktive Beiträge zur nachhaltigen Entwicklung in NRW klären und verabreden. Sie setzen dabei auf Offenheit und wechselseitiges Vertrauen. Sie stellen ihre Kompetenzen in den Dienst des gemeinsamen Anliegens und werden in ihren Institutionen und Organisationen dafür eintreten, dass für eine aufgeschlossene, vorbehaltlose Prüfung aller Möglichkeiten das vorhandene Know-how und die notwendigen Informationen bereitgestellt werden.

Die Initiative unterstützt die EU-Ziele des Lissabon-Prozesses. Innovation, Wachstum und Beschäftigung sind auch für NRW wesentliche Grundlagen, um den Anschluss an die globalen wirtschaftlichen Entwicklungen nicht zu verlieren. Eine gute wirtschaftliche Basis ist die Voraussetzung für weitere Fortschritte in den Bereichen Nachhaltigkeit und sozialer Entwicklung.



Zur Optimierung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in NRW bei gleichzeitiger Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen gehören Ressourcen- und Energieeffizienz, produktionsintegrierter Umweltschutz und umweltwirtschaftliche Wachstumspotentiale. Die Identifizierung überflüssiger staatlicher Regulierungen und deren Beseitigung sollen neue ökonomische Dynamik ermöglichen und Innovationen befördern. Der Dialog leistet damit einen wichtigen Beitrag, in Nordrhein-Westfalen neue Chancen zu eröffnen.

Durch

- effizientes und flexibles Verwaltungshandeln,
- den vertretbaren Abbau von Standards
- den Verzicht auf nicht notwendige Gesetze und Verordnungen,

werden neue Handlungsspielräume für die Zukunft geschaffen. Hierbei wollen die Partner des Dialogs darauf hinwirken, in überschaubarer Zeit Verabredungen über gemeinsame Initiativen und Projekte zu treffen, die sich auf die umweltrechtlichen und tatsächlichen Rahmenbedingungen, Standards, Genehmigungsverfahren sowie Nachweise, Melde- und Informationspflichten aus den fachlichen Zusammenhängen von Immissionen, Wasser, Abfall/Boden, Energieeffizienz/ Umweltmanagement ergeben.

Kooperativ wollen und können wir Wachstum für die Wirtschaft bei gleichzeitigem Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen erreichen. Das Verhältnis von Wirtschaft und Umwelt bedarf stets einer ausgewogenen Abwägung zwischen Ökologie und Wirtschaftlichkeit. Dazu gehört auch die Perspektive der Wettbewerbsfähigkeit gegenüber anderen Ländern oder Regionen.

Angesichts der starken Prägung des wirtschaftsbezogenen Umweltrechts durch europäisches Recht werden mit dem Dialog frühzeitig und konzertiert Positionen des Landes NRW bestimmt, um so durch verstärktes Engagement rechtzeitig auf die Entwicklung von EU-Vorgaben Einfluss zu nehmen.

Die Partner sagen sich wechselseitig zu, Meinungsverschiedenheiten offen, aber nicht öffentlich auszutragen und den Auftrag, die Selbstständigkeit und die Verantwortung des jeweils anderen zu respektieren. Die eigenständige Positionierung von Politik und Wirtschaft und die damit verbundene öffentliche Darlegung von Meinungen werden hierdurch nicht eingeschränkt. Dies schließt das Ziel ein, im Einzelfall auch zu Absprachen zu kommen, die ein hohes Maß an politischer Verbindlichkeit haben und in denen sich die Partner für ihren Wirkungskreis zum Handeln verpflichten.

Landesregierung und Wirtschaft haben sich darauf verständigt, den Dialog zunächst zu den vier Themenfeldern Immissionsschutz, Gewässerschutz, Abfall und Bodenschutz sowie Ressourcenmanagement zu führen.

Prozess und Ergebnisse sollen öffentlichkeitswirksam vermittelt werden, um damit die konstruktive Kooperation zwischen Staat und Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen zu unterstreichen und zu stärken.

Düsseldorf, den 13. Juni 2006



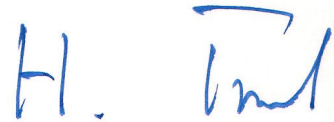
Minister Eckhard Uhlenberg
Ministerium für Umwelt und Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
des Landes Nordrhein-Westfalen



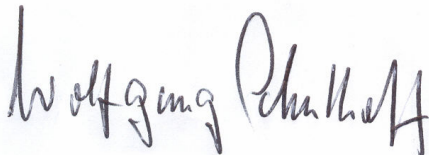
Ministerin Christa Thoben
Ministerium für Wirtschaft,
Mittelstand und Energie
des Landes Nordrhein-Westfalen



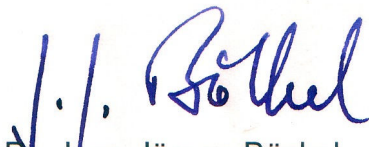
Prof. Dr. Dieter Ameling
Präsident des BDI NRW



Dr. Hannes Frank
Präsident der IHK
Lippe zu Detmold



Prof. Wolfgang Schulhoff
Vorsitzender des
Nordrhein-Westfälischen
Handwerkstags



Dr. Jens-Jürgen Böckel
Mitglied der Geschäftsleitung
der Unternehmensgruppe Tengelmann AG



Ulrich Grillo
Vorsitzender des Vorstandes
der Grillo Werke AG



Matthias Rieke
Tischlerei Rieke GmbH & Co. KG



Dr. Wolfgang Plischke
Mitglied des Vorstandes
der Bayer AG